

## Rektoren rufen nach mehr Ressourcen

**Schulpolitik** Schulleitergruppe des GEW-Kreisverbands Esslingen-Nürtingen klagt über hohe Arbeitsbelastung an Schulen, zu wenig Personal und unklare Bestimmungen für die Inklusion. Von Andreas Volz



Das Foto zeigt Unterricht wie aus dem Bilderbuch. Die Realität dagegen ist oft anders - etwa wenn Lehrer zwei Klassen gleichzeitig beaufsichtigen. Archiv-Foto: Jean-Luc Jacques

Schulleiter im Kreis Esslingen beklagen die mangelnde Versorgung mit Lehrkräften: Stundenausfall kann deshalb nicht im gewünschten Maß und noch weniger in der gewünschten Qualität kompensiert werden. Allerdings äußern sie sich nicht direkt in ihrer Eigenschaft als Schulleiter, sondern nur als Vertreter der GEW-Personengruppe Schulleitung auf Kreisebene.

Hans Dörr, GEW-Kreisvorsitzender und zugleich Personalratsvorsitzender beim Staatlichen Schulamt Nürtingen, sagt zur Abwesenheitsvertretung: „Die Öffentlichkeit nimmt das nur dann wahr, wenn es überhaupt nicht mehr zu bewältigen ist.“ Das Grunddilemma beschreibt Heike Hämmerle-Raeder, Rektorin der Kirchrainschule Oberboihingen: „Wir sind noch nicht einmal im Pflichtunterricht zu hundert Prozent versorgt.“ Komme es auch noch zu Ausfällen – durch Krankheit oder Fortbildung –, lasse sich das nicht mehr ordentlich bewerkstelligen: „Wir können die Kinder nicht vor 16 Uhr heimschicken. Wir müssen sie also verteilen. Dann haben Kollegen eben zwei Klassen gleichzeitig zu beaufsichtigen.“ Die Lage sei schon ohne Grippewelle sehr angespannt.

Noch angespannter scheint die Lage in der Sonderpädagogik zu sein. Das zumindest berichtet Martin Pelz, Rektor des Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrums, Förderschwerpunkt Lernen, in Filderstadt-Sielmingen: „Der Bedarf an Sonderpädagogen ist enorm gestiegen. Das war schon 2006 zu erkennen. Da hätte man damit beginnen müssen, mehr Sonderpädagogen auszubilden.“ Tatsächlich habe man aber erst 2013 reagiert und die Zahl der Studienanfänger erhöht.

Martin Pelz nennt noch ein zusätzliches Problem, das auch auf andere Schularten in Baden-Württemberg zutrifft: „Viele ausgebildete Lehrer wandern in andere Bundesländer ab.“ Das bestätigt

Bärbel Kehl-Maurer, die Konrektorin der Kirchheimer Teck-Realschule: „Referendare an unserer Schule haben oft schon bis Mitte August auf eine Zusage des Regierungspräsidiums gewartet.“ Wenn die Zusage so lange ausbleibt, nehmen sie Stellen außerhalb von Baden-Württemberg an. „Das ist kein Einzelfall, das wiederholt sich immer wieder.“ Dabei bestehe das Problem der späten Zusagen nicht nur für die Referendare selbst, sondern auch für die Schulleitungen: „Für unsere Planungen wüssten wir gerne schon im Juli, welche Lehrer wir bekommen.“

Einen besonders extremen Fall schildert Heike Hämmerle-Raeder: „An meiner Schule ist die Konrektorenstelle nicht besetzt. Es gab eine tolle Bewerbung, aus Berlin. Aber das ist sehr schwierig, von der Bürokratie her.“ Dann habe die Person, die sich beworben hatte, eine Zusage aus Karlsruhe bekommen. Ergebnis für Heike Hämmerle-Raeder: „Mir fehlt immer noch jemand.“

Zu allem Überfluss nehmen die Aufgaben an den Schulen ständig zu. Jüngstes Beispiel an den Realschulen: die Differenzierung nach unterschiedlichen Niveaus, die auch für die Lehrkräfte neu ist. Dazu braucht es viele Fortbildungen. Die Fortbildungen wiederum sorgen für Stundenausfall, und an diesem Punkt dreht sich die ganze Sache im Kreis, wie Bärbel Kehl-Maurer schildert: „Viele Kollegen überlegen sich, ob sie überhaupt auf Fortbildungen gehen können.“

Ähnliches gilt natürlich für Schulleiter, die zusätzlich zu aller „normalen“ Arbeit auch noch Entwicklungsprozesse anstoßen und steuern sollen. Hans Dörr vergleicht das mit der Arbeit in einem Produktionsbetrieb und stellt fest, dass es dort völlig unmöglich wäre, dass die Geschäftsleitung im laufenden Betrieb auch noch selbst die Innovations- und Entwicklungsarbeit leistet.

Einen Seitenblick werfen die Schulleiter der GEW-Gruppe dann auch noch auf das Thema „Inklusion“. Bärbel Kehl-Maurer: „Das wird trotz allem noch sehr stiefmütterlich behandelt an den Schulen.“ Martin Pelz zufolge liegt das auch daran, dass es zur Inklusion zwar Gesetze gibt, aber keine oder nur unzureichende Ausführungsbestimmungen. Ein weiteres Problem bestehe darin, dass es für die Arbeit der Schulbegleiter sehr unterschiedlich Ausbildungen und Bezahlungen gebe. Nur eines treffe wohl fast immer zu: „Die Bedingungen sind unattraktiv.“ Deshalb herrsche auch bei den Schulbegleitern, die die Kinder bei der Bewältigung des Schulalltags unterstützen sollen, eine große Ressourcenknappheit.

Bleibt die Frage nach den finanziellen Ressourcen. Da braucht es nach Ansicht der GEW sehr viel mehr. In einer schriftlichen Stellungnahme von Hans Dörr heißt es unter anderem zur Abwesenheitsvertretung, dass diese sich nicht kostenneutral umsetzen lasse: „Eine Erhöhung der finanziellen Ressourcen im Bildungsbereich ist dringend notwendig. Damit Baden-Württemberg gemessen am Bruttoinlandsprodukt so viel ausgeben würde wie Rheinland-Pfalz, müssten die Bildungsausgaben um circa drei Milliarden Euro erhöht werden.“ Das ist eine klare Ansage an die Politik.